

EU-Gipfel ohne feste Ergebnisse

Ohne konkrete Ergebnisse ist das Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs am vergangenen Mittwoch in Brüssel zu Ende gegangen. Das wurde allerdings auch so erwartet, da man nur vorbereitende Gespräche für den offiziellen Gipfel Ende Juni führen wollte. Hauptsächlich ging es um drei Punkte: Griechenland, Wachstumsinitiativen und die Einführung von Eurobonds.

In Griechenland spitzt sich die Situation weiter zu. Neueste Umfragen sprechen weiterhin für einen Sieg der Spar-Gegner bei den Wahlen am 17. Juni. Das könnte das Ausscheiden des Landes aus der Eurozone bedeuten, wodurch große Ansteckungsgefahren für andere Länder wie Italien und Spanien entstehen würden. Die Regierungschefs sprachen sich zwar einstimmig dafür aus, dass Griechenland unbedingt im Euro-Raum bleiben soll. Man machte aber auch deutlich, dass es dann zum eingeschlagenen Sparkurs keine Alternative gibt. Hollande sagte: "Griechenland muss am 17. Juni eine wichtige Wahl treffen. Diese muss europäisch sein." Bestätigt wurde außerdem, dass sich die Länder und die Europäische Zentralbank bereits auf einen Austritt Griechenlands vorbereiten. Dies sorgte für neue Unruhe in den Märkten. Allerdings sollte man bedenken, dass es angesichts der gegenwärtigen Situation geradezu fahrlässig wäre, wenn man keine Vorbereitungen treffen würde. Diese müssen also längst nicht dafür sprechen, dass es letztendlich tatsächlich dazu kommt.

Angesichts der Rezession in weiten Teilen Europas wurde außerdem darüber gesprochen, wie wieder für mehr Wachstum gesorgt werden kann. Der neue französische Präsident Hollande hatte dies bereits im Wahlkampf zum Thema gemacht und forderte Nachverhandlungen beim vereinbarten Fiskalpakt. Dazu wird es freilich nicht kommen. Man ist sich aber einig, dass dieser um Wachstumsinitiativen ergänzt werden soll und es zeichnen sich somit auch entsprechende Beschlüsse beim offiziellen Gipfel Ende Juni ab. Wie diese konkret aussehen werden, ist noch nicht entschieden. Schon jetzt stehen der Europäischen Kommission bis Ende 2013 rund 80 Milliarden Euro zur Verfügung, welche investiert werden könnten. Möglich wären beispielsweise Investitionen in Stromnetze, Autobahnen, Schienenverbindungen oder alternative Energien. Außerdem soll die Bürokratie verkleinert und Hindernisse für Investitionen beseitigt werden. Die Euro-Länder sollen in den kommenden Wochen konkrete Vorschläge erstellen. Die Europäische Investitionsbank wird zudem mehr Geld erhalten.

Großer Streitpunkt bei dem Gipfel war das Thema Eurobonds. Hollande hat das bereits vorher hoch umstrittene Thema neu forciert. Es handelt sich dabei um Anleihen, welche ein Mitgliedsland entsprechend seiner Bedürfnisse aufnehmen würde, während aber alle Euro-Staaten gemeinsam dafür haften. Der Vorteil wären stark sinkende Zinsbelastungen für die Krisen-Länder, während gesunde Staaten wie Deutschland mehr Geld für die Refinanzierung ausgeben müssten. Nicht nur die deutsche Bundeskanzlerin Merkel lehnt diese strikt ab. Sie wird von weiteren Ländern unterstützt, da so "die Guten" bestraft würden. Außerdem sehen einige die Gefahr, dass die Peripherie-Länder ihre strikte Sparpolitik aufgeben könnten, wenn der Druck wegfällt. Andere Staaten wie Frankreich oder Italien vertreten die gegenteilige Ansicht und sehen diese Bonds als einen Teil zur Krisenbewältigung. Insbesondere, da so der Kreislauf aus stärker werdenden Sorgen der Märkte, daraus bedingten ansteigenden Refinanzierungskosten für die Krisenländer und somit aber auch schwieriger werdender Haushaltskonsolidierung durchbrochen werden könnte. Der Präsident des Europaparlaments Martin Schulz (SPD) schloss sich diesen Forderungen an. Es könne nicht sein, dass einige Länder neues Kapital quasi zum Nulltarif bekämen, während andere über sechs Prozent Zinsen bezahlen müssten. Eine deutsche Anleihenauktion, ebenfalls am Mittwoch, heizte diese Diskussion zusätzlich an. Deutschland musste erstmals in der Geschichte für zweijährige Laufzeiten nur noch 0,07 Prozent Zinsen bezahlen und konnte auf diesem Weg 4,55 Milliarden Euro aufnehmen.

Insgesamt gehen die Meinungen über Eurobonds aber so weit auseinander, dass kaum mit einer baldigen Einführung dieser Papiere zu rechnen ist. Ein möglicher Einstieg könnte aber eine Einigung auf sogenannte Projektbonds sein. Dabei handelt es sich genauso um gemeinschaftliche Anleihen. Diese sind aber nur auf bestimmte Projekte bezogen und insbesondere im Umfang begrenzt. Die EU-Kommission plant bereits zwischen vier und zehn wichtige grenzüberschreitende Projekte zu finanzieren, welche die Infrastruktur fördern sollen. Bis Ende 2013 will man aus eigenen Mitteln dafür 230 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Weitere 4,6 Milliarden Euro sollen über Projektbonds finanziert werden.

Beim Gipfel Ende Juni wird es sicherlich zu Beschlüssen kommen. Zum einen dürfte bis dahin entschieden sein, wie es mit Griechenland weitergeht. Zum anderen sind die Parlamentswahlen in Frankreich vorbei, wodurch auch Hollande nicht mehr als "Wahlkämpfer" auftreten muss und mehr Kompromissbereitschaft zeigen kann. Aber auch die Befürworter der strikten Sparpolitik um Bundeskanzlerin Merkel werden sich wohl bewegen und auf eine Kompromisslösung zusteuern. Denn auch diese geraten zunehmend in die Defensive, da die bisherige Krisenbewältigung nicht zu einer Lösung geführt hat, sondern die Situation weiter eskaliert und zusätzlich die Wirtschaft noch einbricht.

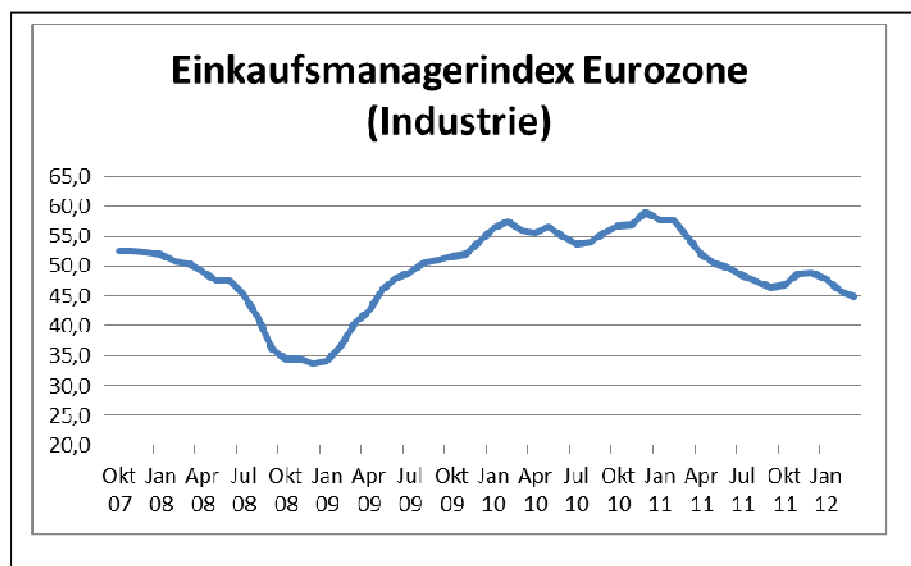
OECD fordert Drosselung des Spar-Tempos

Auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) fordert Änderungen an der bisherigen Krisenpolitik. Angesichts der Rezession in vielen Euro-Staaten, müsse es möglich sein, das Spar-Tempo zu drosseln. Die Krise in der Euro-Zone sei weiterhin das größte Risiko für die Weltwirtschaft. In den Euro-Peripherieländern bestehe die Gefahr einer gefährlichen Entwicklung. Die starken Sparbemühungen, das gleichzeitig schwache Wachstum und die Situation der Banken könnten sich gegenseitig verschärfen und einen "Teufelskreis" entstehen lassen. Man solle daher bei schwachem Wachstum die Sparbemühungen verlangsamen, um so ein weiteres Abrutschen der Wirtschaft zu verhindern. Gleichzeitig könnten wachstumstärkende Strukturreformen eingeleitet werden. Auch die EZB sei in der Lage unterstützend tätig zu werden. Angesichts der sinkenden Inflation hätte man Spielraum für eine weitere Lockerung der Geldpolitik.

Einkaufsmanagerindex auf 35-Monattief

Wie schlecht die wirtschaftliche Situation inzwischen ist, zeigt die am Donnerstag vom Londoner Markit-Institut veröffentlichte Vorab-Schätzung zum Einkaufsmanagerindex für die Eurozone. Dabei handelt es sich um einen wichtigen monatlich ermittelten Konjunkturindikator, für welchen Einkaufsmanager nach der Entwicklung von bestimmten Kenngrößen wie zum Beispiel Auftragslage, Einkaufspreisen und Anzahl der Beschäftigten befragt werden. Der Referenzwert liegt jeweils bei 50. Indexwerte darüber signalisieren somit eine sich verbessernde und Indexwerte darunter eine sich verschlechternde Einschätzung der Geschäftslage. Nach der Erhebung verzeichnete die Wirtschaft im Mai den stärksten Wachstumsrückgang seit Juni 2009. Der Index sank von 46,7 auf 45,9 Punkte. Auch Deutschland konnte sich der negativen Entwicklung nicht entziehen und verzeichnete erstmals seit letzten November wieder leichte Wachstumseinbußen. Damit hebt man sich trotzdem noch positiv ab. In den anderen Ländern beschleunigte sich die Talfahrt so stark wie seit 2009 nicht mehr.

Laut Chris Williamson, Chef-Ökonom von Markit, ist die Eurozone aufgrund des stärksten Rückgangs der Geschäftstätigkeit und Auftragseingang seit 2009 im Mai noch tiefer in der Rezession in die Rezession gerutscht. Da der beschleunigte Abwärtstrend in den Peripherie-Ländern sowohl Frankreich als auch Deutschland immer stärker in Mitleidenschaft ziehe, prognostiziert er für das BIP im zweiten Quartal 2012 einen Rückgang um mindestens 0,5 Prozent. Zudem stecke Frankreich in der tiefsten Krise seit drei Jahren und müsse ebenfalls mit einem BIP-Rückgang von 0,5 Prozent rechnen. Sollte sich die Situation im Juni weiter verschlechtern, wäre sogar in Deutschland ein schrumpfendes BIP



möglich. Diese Gefahr zeigt auch der für Deutschland separat ermittelte Einkaufsmanagerindex. Dieser lag mit 49,6 Punkten zwar nur knapp unter der Wachstumsschwelle von 50 und auch "nur" auf einem 6-Monatstief. Das habe man aber lediglich der intakten Binnennachfrage und der guten Situation im Arbeitsmarkt zu verdanken. Der Dienstleistungsbereich habe sich daher auch solide gehalten und liege unverändert im Wachstumsbereich. Das durch die Euro-Krise bedingte miserable Exportneugeschäft habe dagegen zu einem Rückgang des Industrie-Sektors auf 45,0 Punkte geführt (April 45,9), was ein 35-Monatstief darstellt. Die Industrieproduktion sei so stark zurückgefahren worden, wie seit fast drei Jahren nicht mehr. Und der Auftragseingang gehe schon fast genauso lang zurück, wie zur Rezession 2008/2009, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß.

EUR/USD

Die sogar noch gestiegenen Sorgen um ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone und die wirtschaftliche Situation in den Mitglieds-Ländern ließen den Euro gegenüber dem Dollar in der vergangenen Woche weiter abwerten. Das Paar fiel in der Spitze bis 1,2494 und somit auf den tiefsten Stand seit Juli 2010. Alles spricht für eine Fortsetzung der Euro-Abwertung. Die nächste Unterstützung findet sich bei 1,2467. Mittelfristig liegen die Ziele bei 1,215 und dem 2010-Tief bei 1,1874. Kurzfristig könnte allerdings eine gewisse Konsolidierung nach oben anstehen, da der Kurs schon recht überverkauft ist. Diese dürfte allerdings nur wenig Potenzial haben. Aufhellen würde sich die Situation jedenfalls erst über 1,2824 und sogar erst über 1,30 könnte auch längerfristig wieder von einem steigenden Euro ausgegangen werden.

Tageschart EUR/USD:



GBP/USD

Weitere Anleihenkäufe der Notenbank in den kommenden Monaten zunehmend wahrscheinlich

Bei der geldpolitischen Sitzung der britischen Notenbank vor rund zweieinhalb Wochen hatte man keine Änderung an der Geldpolitik vorgenommen. Die Leitzinsen blieben bei dem schon seit über drei Jahren gültigen Rekord-Zins von nur 0,5 Prozent und auch für das Anleihenkaufprogramm wurde kein weiteres Kapital zur Verfügung gestellt, wodurch dieses im Mai geendet hat. Diese Entscheidung fiel einem Teil der stimmberechtigten Mitglieder allerdings nicht leicht. Im in der letzten Woche veröffentlichten Sitzungs-Protokoll heißt es: "Für verschiedene Mitglieder war die Entscheidung, das Wertpapierankaufprogramm nicht auszuweiten, äußerst schwierig". Letztendlich stimmten dann zwar acht der neun Mitglieder dafür das Programm nicht zu erweitern. Trotzdem spricht das Protokoll eher für eine Pause bei den Anleihenkäufen, als für ein Ende.

Die Notenbank befindet sich bei ihren Entscheidungen in einem Dilemma. Während die Konjunktur wieder in eine leichte Rezession gerutscht ist, kämpft man gleichzeitig mit einer deutlich zu hohen Inflation. Obwohl die Bank of England einen Zielwert von unter zwei Prozent hat, lag diese im vergangenen Jahr durchschnittlich bei 4,5 Prozent. Inzwischen ist der Wert allerdings langsam rückläufig und soll nach dem vor anderthalb Wochen veröffentlichte Inflations-Bericht bis Mitte 2013 wieder im Zielbereich liegen. Auch dieser Bericht sprach insgesamt für eine baldige Fortsetzung der Anleihenkäufe, da die Risiken mehr in der Konjunkturentwicklung gesehen wurden, als in der Teuerung.

Inflation sinkt überraschend auf drei Prozent

Eine erste positive Nachricht gab es von der Inflations-Seite bereits in der vergangenen Woche. Wie die englische Statistikbehörde mitteilte ist der Anstieg der Verbraucherpreise im April auf drei Prozent gesunken. Das ist der niedrigste Wert seit Februar 2010. Im März musste noch ein Preisanstieg von 3,5 Prozent verzeichnet werden.

IWF fordert BoE zu noch stärkerer Lockerung der Geldpolitik auf

Indirekt hat auch die Vorsitzende des Internationalen Währungsfonds (IWF) Lagarde die BoE aufgefordert die Anleihenkäufe wieder aufzunehmen. Anlässlich eines Besuchs in London sagte sie am vergangenen Dienstag, dass das britische Wachstum zu langsam und die Arbeitslosigkeit zu hoch sei. Daher müsse darüber nachgedacht werden, weiteres Geld in die Wirtschaft zu pumpen. Dies könne über erhöhte Ausgaben für die Infrastruktur, aber auch durch Zins- und Steuersenkungen erreicht werden.

Alle diese Informationen zusammengenommen bestätigen die Ansicht von Ökonomen, dass das Anleihenkaufprogramm im Spätsommer oder Herbst wieder aufgenommen wird. Möglicherweise könnte dies im September der Fall sein. Diese Aussicht lässt den britischen Pfund seit zwei Wochen gegenüber dem Dollar deutlich abwerten. In der vergangenen Woche ging es im Tief bis 1,5625 nach unten. Damit liegt das Paar knapp über einem wichtigen Unterstützungs-Bereich. Sollte das Paar unter 1,56 fallen, könnte sich die Abwertung anschließend beschleunigen. Die nächste wichtige Unterstützung findet sich unter 1,53. Allerdings sollte beachtet werden, dass der Kurs bereits im überverkauften Bereich ist. Eine gewisse Korrektur nach oben wäre daher kurzfristig möglich. Dies würde einer später doch stattfindenden Abwertung aber nicht im Weg stehen. Nur bei einem Anstieg über 1,58 und somit auch der leicht darunter verlaufenden 200-Tageslinie würde sich das Chartbild wieder etwas aufhellen.

Tageschart

GBP/USD:



USD/JPY

Rating-Agentur Fitch stuft Japan herab

Die Ratingagentur Fitch hat Japan in der vergangenen Woche um eine Stufe von AA- auf A+ herabgestuft. Zudem wurde der Ausblick negativ beurteilt, womit eine weitere Abstufung droht. Die Ratingagentur begründete den Schritt mit der im Vergleich zu anderen Ländern nur sehr langsamen Konsolidierung des Staatshaushalts. Zusätzlich sieht Fitch Umsetzungs- Risiken für die geplante Sparpolitik. Die japanische Regierung hatte Anfang des Jahres mitgeteilt, dass das bisherige Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts bis 2020 wahrscheinlich nicht erreicht werden könne. Man schätzt, dass der Schuldenstand bis Ende diesen Jahres 239 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erreicht hat, was den mit Abstand höchsten Wert aller Industriestaaten darstellt. Allein seit der Finanzkrise sind die Schulden um 61 Prozent in die Höhe geschneit.

BoJ lässt Geldpolitik unverändert

Die Bank of Japan (BoJ) hat bei ihrer geldpolitischen Sitzung in der vergangenen Woche keine Änderung an der Geldpolitik vorgenommen. Einige Volkswirte hatten im Vorfeld mit einer Anpassung des Anleihenkaufprogramms gerechnet. Spekulation über einen neuen Kurs der Notenbank wies diese allerdings zurück. Der BoJ-Vorsitzende Masaaki Shirakawa betonte bei der auf die Notenbank-Sitzung folgenden Pressekonferenz, dass es keine Änderung an der Geldpolitik einer "kraftvollen Lockerung" gebe, wie man erst im April gezeigt habe. Vor einem Monat wurde das Anleihen-Kaufprogramm um 5 auf jetzt 70 Billionen Yen erweitert. Der Kauf von Staatsanleihen wurde dabei sogar effektiv um 10 Billion Yen ausgeweitet, in dem andere Bereiche entsprechend um 5 Billionen gekürzt wurden. Insgesamt ist die BoJ zuversichtlich im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung. Japan steuere auf einen Aufschwung zu, auch wenn die Exporte und die Industrieproduktion noch nicht richtig in Schwung gekommen seien. Durch die europäische Schuldenkrise sei man nicht akut bedroht. Allerdings könne eine weitere Verschärfung der Situation den Aufwertungs-Druck auf den Yen erhöhen.

Charttechnische Betrachtung von USD/JPY:

USD/JPY stieg nach der Rating-Abstufung zunächst von ungefähr 79,30 auf über 80. Doch schon am nächsten Tag sorgte das Ausbleiben einer weiteren geldpolitischen Lockerung für einen erneut steigenden Yen, wodurch der Dollar alle Gewinne des Vortages wieder abgab. Auf Wochensicht ist USD/JPY trotzdem leicht gestiegen, wobei wichtige Chartbereiche aber nicht überschritten wurden. Insgesamt befindet sich das Paar bereits seit Juni 2007 in einer langsamen, aber kontinuierlichen, Abwärts-Bewegung, welche den Kurs von über 124 bis zu einem Rekord-Tief bei 75,54 im Oktober letzten Jahres geführt hat. Einen weiteren Kursrutsch hatte Japan dann durch mehrere Interventionen verhindert. Im Februar und März gelang überraschend ein steiler Anstieg von 76 bis 84,17. Seitdem geht es aber wieder kontinuierlich nach unten. Und auch die seit Jahren zu sehende stabile Abwertung macht es zunehmend wahrscheinlicher, dass die Aufwertung aus Februar und März nur ein Strohhalm war. Die nächsten Unterstützungen finden sich nun bei 78,93 und 78,30. Spätestens darunter müsste mit einem anschließenden Test des Allzeit-Tiefs bei 75,54 gerechnet werden. Dann könnte eine deutlichere weitere Abwertung allerdings schwierig werden, da davon auszugehen ist, dass die japanische Regierung wieder aktiv wird und im Markt interveniert. Aufhellen würde sich die charttechnische Situation nur bei einem Anstieg über 80,60. Dann könnte auf weiter bis 81,86; 84,17 und längerfristig 86 steigende Kurse spekuliert werden.

Tageschart USD/JPY:



EUR/CHF

Plötzlicher Anstieg des Euros

Seitdem der Kurs von EUR/CHF Anfang April kurzfristig leicht unter die Mindestgrenze von 1,20 gerutscht war, konnte von Bewegung in diesem Paar keine Rede mehr sein. Im gesamten Monat Mai hatte der Mindestkurs zwar Bestand. Das Hoch lag aber mit 1,202 grade einmal 20 Pips höher. Das änderte sich kurzfristig am Donnerstag. Während die Aufmerksamkeit allerseits auf die Euro-Krise gerichtet war, schoss EUR/CHF gegen 15:00 Uhr plötzlich in die Höhe. Innerhalb von Minuten ging es von rund 1,201 bis 1,2075 nach oben.

Nach der unerwarteten Bewegung gab es einige Markt-Gerüchte über die Gründe. Zum einen soll die niederländische Rabobank eine große Order platziert haben. Diese Bank steht im "Verdacht" im Auftrag der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zu handeln. Andere Trader vermuteten direkte Interventionen der SNB, während wieder andere von Gerüchten über die Einführung von Negativ-Zinsen sprachen. Bei solchen Zinsen müssten ausländische Investoren quasi Geld dafür bezahlen, um Franken-Einlagen zu halten. Bereits 1979 versuchte die Notenbank auf diesem Weg den Franken-Kurs zu schwächen. Trotz eines Zinssatzes bis zu zehn Prozent wertete der Franken damals aber weiter auf und erst die Einrichtung eines Mindestkurses (gegenüber der Deutschen Mark) sorgte für eine nachhaltige Gegenbewegung.

An allen Gerüchten scheint nicht viel dran gewesen zu sein. Denn im Anschluss wertete der Euro wieder ab und pendelte sich inzwischen wieder auf dem alten Stand ein. Ob das kurze „Erwachen aus dem Tiefschlaf“ trotzdem eine Wirkung zeigt und es bei dem Paar bald wieder lebhafter zugeht (was dann eigentlich nur den Weg nach oben bedeuten könnte), müssen die nächsten Tage zeigen. Wahrscheinlich ist das aber nicht.

Aus charttechnischer Sicht würde nur ein Anstieg über das Donnerstag-Hoch bei 1,2075 die Situation aufhellen. Dann könnte man tatsächlich auch kurzfristig auf einen steigenden Euro spekulieren. Wobei erst ein Anstieg über 1,215 auch längerfristig den Druck vom Euro nehmen und für weiter bis 1,225 und 1,25 steigende Notierungen sprechen



würde. Zumindest nach unten bleibt eine Abwertung aber weiterhin durch die Mindestgrenze von 1,20 blockiert. Daher bieten sich langfristige Long-Position grundsätzlich an. Wenn man diese eingeht, muss man sich aber darüber im Klaren sein, dass man einen langen Atem nötig haben könnte. Und auch sollte man sein Moneymanagement nicht vernachlässigen, denn "sicher" ist auch die Mindestgrenze nicht. Zwar ist kurzfristig keine Änderung zu erwarten. Doch völlig ausgeschlossen werden kann dies andererseits auch nicht, insbesondere falls die Euro-Krise weiter eskalieren sollte.

USD/CHF

Der Dollar konnte in der vergangenen Woche gegenüber den meisten Währungen zulegen. Auch gegenüber dem Schweizer Franken war dies der Fall. Dabei stieg USD/CHF erstmals seit Februar 2011 über 0,96. Bereits deutlich überkauft, konnte der Dollar diesen Bereich aber nicht halten und schließt zum Wochenende knapp darunter. Trotzdem spricht die charttechnische Situation für den Dollar. Vielleicht ist kurzfristig eine gewisse Konsolidierung zu sehen, welche Potenzial vielleicht bis etwas unter 0,95 haben könnte. Mittelfristig sollte es aber weiter nach oben gehen. Die nächsten Ziele liegen bei 0,98 und 1,006. Eintrüben würde sich das Bild erst wieder bei einem Fall unter den Bereich 0,9364/0,9340. Aber selbst in diesem Fall wäre längerfristig eher von einer Seitwärtsbewegung, als von einer Rückkehr zum bis Mitte 2011 zu sehenden Abwärtstrend, auszugehen.

Tageschart USD/CHF:



Wichtige Termine in der kommenden Woche

Volksabstimmung in Irland

Auch in der kommenden Woche wird die Euro-Krise die Märkte beherrschen. Am **Donnerstag** wird Irland als einziges EU-Land eine Volksabstimmung über den geplanten Fiskalpakt durchführen. In einer in der letzten Woche durchgeführten Umfrage haben 47 Prozent der Wahlberechtigten Zustimmung signalisiert. 35 Prozent wollen den Pakt ablehnen. Der Rest ist noch unentschieden. Der Ausgang ist dennoch ungewiss. Umfragen vor früheren Volksabstimmungen zu EU-Themen sahen ähnlich aus. Beispielsweise beim Nizza- und Lissabonvertrag schlug die Stimmung am Wahltag dann aber um und die Bevölkerung lehnte diese ab. Sollte dies auch diesmal so kommen, würde dies den Fiskalpakt zwar nicht zu Fall bringen. Die anderen Länder könnten diesen dennoch unterzeichnen. Irland würde sich aber isolieren. Da sich das Land ohnehin unter dem Rettungsschirm befindet, könnte das zu neuen Problemen führen. Weitere Finanzhilfen aus dem künftigen Europäischen Stabilitäts-Mechanismus (ESM) wären dann nicht mehr möglich. Und außerdem könnten in den Märkten neue Sorgen über den Fortbestand des Euros entstehen.

Weiterhin wird man darauf achten, wie sich die Renditen für Anleihen der Peripherieländer entwickeln. Italien wird in der kommenden Woche mehrere Anleihen-Auktionen durchführen. Die Wichtigste findet am Mittwoch statt, wenn zehnjährige Bonds herausgegeben werden. Am Donnerstag geht Spanien mit drei- und sechsjährigen Papieren in den Markt. Zum einen ist wichtig, auf welche Höhe die Renditen möglicherweise steigen. Besonders bedeutend ist aber, dass die Nachfrage robust bleibt und die Länder keine Probleme bekommen neues Kapital aufzunehmen.

Auch sonst stehen einige wichtige Termine an. Am **Mittwoch werden um 16:00 Uhr** mit den schwebenden Hausverkäufen Zahlen zum amerikanischen Immobilienmarkt veröffentlicht. Während die Wirtschaft in anderen Bereichen wieder auf Wachstum-Kurs ist, konnte die Immobilien-Branche davon bisher nur wenig profitieren. Zwar scheint der Tiefpunkt überwunden und es wieder langsam nach oben zu gehen. Die Erholung verläuft aber nur schleppend und noch befindet sich der Hausmarkt auf einem sehr tiefen Niveau.

Am **Donnerstag um 14:30 Uhr** wird in den USA die erste Schätzung zu Entwicklung des Bruttonationalproduktes (BIP) im ersten Quartal veröffentlicht. Man erwartet, dass die Wirtschaft weiterhin solide gewachsen ist. Obwohl es sich nur um eine Schätzung handelt, wird der Wert stark beachtet. Gewöhnlich gibt es beim endgültigen Ergebnis nämlich keine größeren Abweichungen mehr.

Immer am ersten Freitag des Monats veröffentlicht das amerikanische Arbeitsministerium den Arbeitsmarktbericht für den Vormonat. Dieser wird von den Märkten sehr stark beachtet, sorgt stets für eine hohe Volatilität und ist immer ein Höhepunkt der Woche. Die Situation hatte sich in den vergangenen Monaten deutlich entspannt. Während im Oktober letzten Jahres noch neun Prozent der Amerikaner arbeitslos waren, ist die Arbeitslosenquote inzwischen kontinuierlich bis auf 8,1 Prozent im April zurückgegangen. Doch auch dies ist für amerikanische Verhältnisse ein sehr hoher Wert. Zudem hatte die Anzahl der neu geschaffenen Stellen in den vergangenen beiden Monaten jeweils enttäuscht. Die amerikanische Notenbank erwartet eine zwar weiter sinkende Arbeitslosenquote. Dies aber in einem nur sehr langsamen Tempo. Die Mai-Zahlen werden am **Freitag um 14:00 Uhr** bekannt gegeben.

Bereits am **Donnerstag** können der Arbeitsmarktbericht des privaten Dienstleisters ADP (**14:15 Uhr**) und die Anträge auf Arbeitslosenhilfe (**14:30 Uhr**) auf die Monats-Zahlen einstimmen. Sollte es dort zu größeren Abweichungen von den Erwartungen kommen, könnte dies ein Hinweis auf eine ähnliche Überraschung am Freitag sein.

Am Freitag stehen zudem die Einkaufsmanagerindexe aus China, Großbritannien und den USA zur Veröffentlichung an. Dabei handelt es sich um wichtige monatlich ermittelte Konjunkturindikatoren, für welchen Einkaufsmanager nach der Entwicklung von bestimmten Kenngrößen wie zum Beispiel Auftragslage, Einkaufspreisen und Anzahl der Beschäftigten befragt werden. Der Referenzwert liegt jeweils bei 50. Indexwerte darüber signalisieren somit eine sich verbessernde und Indexwerte darunter eine sich verschlechternde Einschätzung der Geschäftslage. Besonders im Interesse steht dabei natürlich wieder der amerikanische Wert. Doch auch die Zahlen aus China werden immer stärker beachtet, da das Land als Wachstumstreiber für die ganze Welt gilt.

Ihr MAVEST TEAM

KONTAKT

MAVEST GmbH
Churerstrasse 35
CH-9470 Buchs SG
FON: ++41 81 511 01 81
FAX: ++41 81 750 50 31
Handelsregister: CH-320.4.068.620-6
www.mavest.ch

DISCLAIMER

Wichtig ist uns: Auf keinen Fall sollten Leser aus unseren Bemerkungen und aus den manchmal etwas launigen Kommentierungen Rückschlüsse auf unsere gemachten und schon gar nicht auf künftige Handelsentscheidungen von MAVEST ableiten. Für uns gilt: Der Markt zeigt uns die Richtung. Bis dahin sind wir schwebend unentschieden. Selbstverständlich sollte niemand sich durch diesen Kommentar oder andere Hinweise auf unserer Homepage aufgefordert fühlen, auf den Kapitalmärkten aktiv zu werden. MAVEST lehnt jegliche Verantwortung für etwaige Kapitalverluste von Lesern dieser Kommentare ausdrücklich ab. Zu unserem Grundverständnis gehört es, dass Engagements an den Kapitalmärkten immer durch freie Investoren auf eigenes Risiko erfolgen sollten.